

überrascht war wie sein Vorgänger, hat selbst bestätigt, daß er den Papst nie persönlich kennengelernt habe. Eng bekannt war Groer indessen mit dem früheren Nuntius in Wien, dem heutigen Kurienkardinal *Opilio Rossi*, der in Österreich als besonders aktiver Nuntius galt und dem auch eine besondere Nähe zum Wallfahrtsort Roggendorf nachgesagt wird. Rossi, der hohes Ansehen bei Katholiken besonders traditionsbewußter Art hat, dürfte den Ausschlag gegeben haben. Insofern zeigt sich in der Person des neuen Erzbischofs doch eine Richtung an und ein Kontrapunkt dazu. Davon unabhängig zeigt die Ernennung, wie monokratisch – und zufallsträchtig – in der Kirche Personalpolitik gemacht wird. se

## Gepolter

### *Kernkraftstreit auf bayerisch-österreichisch*

Zum einem bayerisch-österreichischen Grenzkrieg ist der Demonstrationskonflikt um Wackersdorf nicht ausgeartet. Aber laute Töne gab es zuhauf. Nachdem schon vorher österreichische Einspruchsbemühungen gegen die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage gewissermaßen auf höchster Ebene in Bonn nichts gefruchtet hatten und die Teilnahme von ca. 2000 österreichischen Kernkraftgegnern an einer Demonstration in Schwandorf die bayerische Staatsregierung erschreckt hatte, lief endgültig nichts mehr, als die bayerische Staatsregierung 332 österreichischen Demonstranten am Wochenende von Peter und Paul in einer rechtlich einwandfreien, aber politisch halsstarrigen Aktion den Grenzübergang Richtung Wackersdorf verweigerte. Ein Gespräch von *Franz Josef Strauß* in der bayerischen Staatskanzlei mit den Landeshauptleuten von Salzburg und Oberösterreich, *Haslauer* und *Ratzenböck*, soll im Polterton stattgefunden haben. Darf man den österreichischen Gesprächspartnern glauben, so hat die Polterei ziemlich bayerisch ge-

klungen. Später zwischen Wien und München klang es dann noch bayerischer.

Daß in diesen Streit auch die Kirche involviert wurde bzw. sich selbst involviert hat, nimmt nicht wunder. Die Ängste nach Tschernobyl waren gerade im bayerisch-österrösterreichischen Umkreis besonders groß. Im Salzburger gab es die höchsten Strahlendosenwerte des ganzen mitteleuropäischen Raums, weil die „Wolke“ aus Tschernobyl sich am nordöstlichen Alpenrand festgesetzt hatte und dort „ausgewaschen“ wurde. Gleichwohl bestand auch dort keine „akute“ Gefahr.

Daß insbesondere die österreichischen Bischöfe – seelsorglichem Denken verpflichtet – die Ängste der Bevölkerung nicht einfach auf sich beruhen ließen, verstand sich in dieser Lage von selbst. Aber der gesamte Zusammenhang erwies sich als um einiges komplizierter. Schließlich hat sich Österreich insgesamt quer durch alle Parteien seit dem Verzicht auf das Kraftwerk Zwentendorf gegen die Kernkraft festgelegt. Bischöfe und führende Persönlichkeiten des österreichischen Laienkatholizismus vertreten diese Position ziemlich uneingeschränkt mit. Die Bischöfe von Salzburg und Linz fanden es von daher nur konsequent, sich an ihre Amtsbrüder in Bayern zu wenden und diese für eine Option gegen die Kernkraft und damit auch gegen den Ausbau von Wackersdorf zu gewinnen.

Aber da gab es die gewaltsamen Vorgänge auf dem Gelände in Wackersdorf und die zunehmende Solidarisierung zwischen österreichischen und bundesdeutschen Kernkraftgegnern, bei der österreichische Kirchenleute, auch Geistliche und Ordensfrauen, eine begrenzte, aber doch sichtbare Rolle spielten. Als sich dann noch der aus Vorarlberg stammende und dort urlaubende brasilianische Bischof *Erwin Kräutler* als Demonstrant ankündigte, weil er, so wie in seiner brasilianischen Diözese „bei den Leuten“ sein wolle, die Ängste haben, zog Regensburg endgültig die Notbremse. (Inzwischen hat auch Augsburg ein Demonstrationsverbot für Geistliche

ausgesprochen.) Es soll auch Schriftliches an die Adresse des Salzburger Erzbischofs gegeben haben, das man dort des Inhalts und des Tons wegen nicht einmal andeutungsweise kommentieren wollte.

Als auch noch das Regensburger Kirchenblatt *Deftiges* über österreichische Demonstrationsteilnehmer schrieb, diese, obwohl sie als die friedlichsten Europas gelten, in Zusammenhang mit „Schlägerkommandos“, „Rechtsbrechern“ und „potentiellen Staatszerstörern“ brachte, sich über angeblich schlimmere innerkirchliche Zustände in Österreich mokierte und nachfragte, ob denn Geistliche, Nonnen und Kirchenfunktionäre samstags nichts Besseres zu tun hätten als zu demonstrieren, wurde das in Österreich endgültig als Einmischung nicht nur in innere staatliche, sondern auch kirchliche Angelegenheiten empfunden.

Der Streit ist facettenreich und bedarf einer gründlichen geistigen Aufarbeitung. Es geht dabei um Verschiedenes: um die Ängste der Bevölkerung, um die sich Bischöfe, nicht nur österreichische, sondern auch bayerische als Seelsorger zuallererst zu kümmern haben; um die Frage von Vernunft und Unvernunft protestierenden Demonstrierens, gerade durch kirchliche Amtspersonen (notabene: Ordensfrauen sind solche nicht!): Dagegen läßt sich ebensoviel einwenden wie gegen ökumenische oder auch katholische Gottesdienste an Demonstrationorten. Schließlich um die Frage, was sittlich zulässig ist und was nicht. Die generelle Feststellung von Bischof *Maximilian Aichern* (Linz), nach Tschernobyl sei Kernenergie „ethisch nicht mehr vertretbar“, läßt sich als kirchenamtliche Position so nicht halten. Diese Frage, um die der Streit kirchlich letztlich geht, gehört genau zu jenen Sachverhalten, von denen „Gaudium et spes“ (Nr. 43) sagt, daß Christen „bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen“ können.

Die Probleme sind schwierig genug. Doch läßt sich über sie sicher auch ohne Aggressionen und Gepolter reden und schreiben. Politisch böten

die Salzburger Festspiele immer Gelegenheit dafür, auch wenn vorher einige Eier fliegen sollten. Kirchlich werden sich andere Gelegenheiten dafür finden. (Es gibt auch die Salzburger Hochschulwochen!) Die Bischöfe aber werden jedenfalls gut daran tun, vorerst gar nicht mehr zu schreiben oder schreiben zu lassen, sondern sich (möglichst ohne Kirchenblattredakteure) einfach zusammensetzen und zu überlegen, wie sie auf den Punkt bringen können: die eigenen Ängste, die Ängste der Bevölkerung als seelsorgliche Aufgabe und was sich zu gefährlichen Techniken aus christlichem Glauben und mit gemeiner Vernunft sagen läßt.

Ihre Amtsbrüder in Trier, Luxemburg und Metz haben dies versucht, und obwohl Ängste und Spannungen in ihrer Gegend wegen Cattenom bei Gott nicht geringer sind als im bayerisch-österreichischem Raum wegen Wackersdorf und dort noch mehr geschürt werden, durchaus etwas Vernünftiges zustande gebracht (vgl. HK, Juli 1986, 342 f.).

Christen sind sie alle, Bischöfe auch und Stammesgenossen (im großen und ganzen) dazu, also müßte so etwas im bayerisch-österreichischen Raum erst recht möglich sein. Schließlich ist es auch nicht so, daß es in Österreich, das es im Verhältnis zur Bundesrepublik relativ leicht hat, gegen die Kernenergie zu sein, keine katholischen Befürworter von Kernenergie und in Bayern lauter überzeugte Anhänger dieser Energieform gibt. se

## Bindung

### *Italiener halten zum Religionsunterricht*

Bekanntlich sieht in Italien das 1984 geschlossene italienische Konkordat (Art. 9) vor, daß in den staatlichen Schulen zwar weiterhin Religionsunterricht erteilt wird, aber nicht als Pflicht- (und Prüfungs-)Fach, sondern „fakultativ“ nach freier Entscheidung der Schüler bzw. der Eltern. Allerdings wurde dazu eine Re-

gelung eingeführt, die eher in das osteuropäisch-kommunistische als in das westliche Staatskirchenrecht paßt. Es gilt nicht das Prinzip Abmeldung dessen, der am Unterricht nicht teilnehmen will, sondern Eltern müssen ihre Kinder in einem formellen Akt eigens anmelden, oder die Schüler müssen dies im Falle von Religionsmündigkeit (jetzt auch in Italien ab 14) selbst tun.

Diese in sich nicht unbedingt liberale Regelung, die zu allerhand prozeduralen und auch inhaltlichen Auseinandersetzungen geführt hat, wird in Italien inzwischen aber allgemein – auch auf katholischer Seite – akzeptiert. Befürchtet wurde freilich, es würde auf diese Weise zu einer massiven Abwanderung vom Religionsunterricht kommen. Diese Befürchtungen konnten indessen – jedenfalls zunächst einmal – zerstreut werden. Die Resultate, die jetzt vorliegen, ergeben ein erstaunlich freundliches Bild, für das sich die italienischen Bischöfe bei der katholischen Bevölkerung auch schon bedankt haben.

Am 7. Juli lief die Anmeldefrist ab. Bereits eine Ende Juni im Auftrag des „Corriere della Sera“ durchgeführte Umfrage signalisierte eine fast überwältigende Zustimmung zum Religionsunterricht: 88,6 Prozent aller Eltern (Nichtkatholiken eingerechnet) gaben an, ihre Kinder anmelden zu wollen, nur 3,5 Prozent lehnten ab, und 7,9 Prozent zeigten sich noch unentschieden. Unter den (über 14jährigen) Schülern selbst war die Zahl der Neinsager etwas höher (7,9% nein, 10,4% unentschieden). Aber mit 81,7 Prozent fiel die Bereitschaft, sich für den Religionsunterricht anzumelden, auch bei ihnen erstaunlich hoch aus. Ein erster Überblick über die offiziellen Daten nach dem 7. Juli erbrachte (bei minimalen regionalen Unterschieden, aber größeren nach Stadt – Land) ein noch erfreulicheres Ergebnis: Volksschule 95,2%, – (Einheits-) Mittelschule (bis 14) 96,2%, Oberschulen 93,6%. Selbst von einer jetzt eingeführten italienischen, pädagogisch problematischen Sonderheit – eigener, vom übrigen Erziehungssehehen abgetrennter „Religionsun-

terricht“ in den Kindergärten – machten 94,9% der Eltern Gebrauch.

Nicht uninteressant sind die Begründungen für die Anmeldung, die in der Corriere-Umfrage erfragt wurden: religiöse und kulturelle Motive waren ausschlaggebend, aber erstere überwogen. Wobei die Jugendlichen etwas spiritueller dachten als die Eltern, die stärker Traditionswerte anführten.

Und noch ein interessantes Datum: Die allermeisten (90,2%) gaben an, die Entscheidung in voller Übereinstimmung mit ihren Eltern getroffen zu haben. Die Familienbindung erwies sich wieder einmal als stark. Vom – bei uns so sehr beklagten – Generationenbruch war in Italien bei dieser Gelegenheit jedenfalls nichts zu spüren. go

## Bastion

### *Das irische Referendum zur Ehescheidung*

„Irland – päpstlicher als Italien“, so überschrieb die „Süddeutsche Zeitung“ (30. 6. 86) ihren Kommentar zum Ausgang der Volksabstimmung vom 26. Juni in der Republik Irland über die Ehescheidung. Tatsächlich: Hatten die italienischen Stimmbürger beim Referendum von 1974 mit beträchtlicher Mehrheit gegen eine Abschaffung des Gesetzes von 1970 votiert, durch das in Italien die gesetzliche Ehescheidung ermöglicht wurde, lehnten die Iren jetzt mit 63,5 zu 36,5 Prozent eine Vorlage zur Änderung des Artikels 41 ihrer Republik ab, der die Ehescheidung verbietet.

In Italien (wie auch in Spanien) mußte die katholische Kirche bei den neuen gesetzlichen Regelungen zur Ehescheidung und zur Abtreibung die für viele schmerzliche Erfahrung machen, daß sich nur noch eine Minderheit ihrer nominellen Mitglieder an ihre offiziellen Direktiven hält und ihr gesellschaftlicher Einfluß zurückgegangen ist. In Irland fand der auf der einen Seite erhoffte, auf der anderen Seite befürchtete Dambruch aber